

# Volkswacht

für Schlesien

Organ für die wertfällige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Verlags- und Anzeigengeschäftsstelle Ring 1206, Rebellien Ring 3141

Postfach-Adresse: Postfachamt Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 8000 Mark, auswärts 10000 Mark, Anzeigen unter Text 6000 Mark, auswärts 8000 Mark, Stellenangebote 1000 Mark, Anzeigen für kleine Anzeigen pro Wort 200 Mt., das feste Wort 300 Mt. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Samstag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Poststraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Bezugspreis: Das „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist in der Haupt-Expedition: Poststraße 4/6, durch die Buchhandlung des „Volkswacht“, Neue Gruntpfanne Nr. 5, durch die Zweigstellen, Zigarettengeschäft Relig o. l., Reichsstr. 140, sowie durch alle Ausleger zu beziehen. Preis: 10000 Mark, vorwärts 10000 Mark.

## Die Bürgerlichen für die Cuno-Regierung.

### Die bürgerliche Presse

hält immer noch an Cuno fest.

Die Meinungen der Berliner Morgenblätter zur Kanzlerrede erweisen den Eindruck, daß in den bürgerlichen Parteien allgemein der Wunsch besteht, trotz der unerschütterlichen Erklärung eine Krise vorläufig zu vermeiden. Am Mittwoch herrschte im Reichstag durchweg die Auffassung, daß Cuno ein toter Mann ist. Die bürgerlichen Morgenblätter lassen davon nichts mehr erkennen, sondern behaupten, einen anfangs Totgeplagten gegen ihre innere Überzeugung noch zu loben und der Deutschnation zum Teil als den Mann hinzustellen, den Deutschland braucht. Nur der „Vorwärts“ nimmt eine andere Stellung ein. In dem Artikel über die Cuno-Regierung schreibt er zur gestrigen Reichstagsdebatte: „Politisch bleibt von der Reichstagsdebatte der Eindruck, daß eine unmittelbare Regierungsübernahme wahrscheinlich nicht bevorsteht, daß es aber für die Parteien, insbesondere auch für die Sozialdemokratie, Zeit ist, sich auf die Aufgaben vorzubereiten, vor deren Lösung sie bei nächster Regierungswechsel stehen wird.“

### Um die neuen Steuern.

Die Vorschläge des Reichsfinanzministeriums. — Die Forderungen der Sozialdemokratie.

Nach der Plenarsitzung des Reichstages fand eine Besprechung des Reichsfinanzministers Hermes mit Vertretern aller Parteien über den Inhalt der neuen Steuerentwürfe statt. Der Minister legte entscheidenden Wert auf die allerhöchste Beratung aller Vorklagen und kündigte eine weitestgehende Herabsetzung der Sätze für die Vorauszahlungen der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer an. Er erkannte die Notwendigkeit der Ergänzung der Regierungsvorlage durch den sozialdemokratischen Vorschlag auf Erhebung einer laufenden Steuer von den Unternehmern in Höhe des Mehrfachen der Lohnsteuer an. Die von verschiedenen Seiten vorgeschlagene Kopfsteuer, auf Goldmark berechnet, lehnte er wegen ihrer ungleichen Wirkung ab. Für die Landwirtschaft sei eine Flächensteuer die im Augenblick geeignetste Methode.

In der sich daran anschließenden Aussprache wiesen die sozialdemokratischen Vertreter auf den entscheidenden Zeitpunkt hin, daß die Steuermaßnahmen so ausgearbeitet sein müssen, daß sie die Rentenpresse zum Stillstand bringen. Aus diesen Maßnahmen aber müßte auch die Goldanleihe durch Erlassung der Sachwerte absolut verrentenwürdig gemacht werden. Durch Ausgabe von wertbeständigen Krediten von allen Reichsstellen sei der künftigen Vermehrung und den Gefahren an die Sachwertbesitzer ein Ende zu bereiten. Es müßteerner durch sofortigen Eingriff auf dem Devisenmarkt der Entwertung der Mark ein Ende bereitet werden. Die bürgerlichen Gegner anerkannten ohne Ausnahme die Notwendigkeit der sachlichen Anpassung der Steuermaßnahme. Es sei keine Zeit, bei leichten Bedenken stehen zu bleiben, das Ganze zu scheitern. Unter diesem Gesichtspunkt betrachteten sie vor allem einen Eingriff auf dem Devisenmarkt als erforderlich.

### Die Kommunisten bieten wilhelminischen Generalen enge Koalition an!

Die kommunistische Verbrüderung enthält sich jeden Tages mehr. Jetzt wird sogar ein Arbeitsplan der Kommunisten bekannt, nach dem sie sowohl durch „Anknüpfung“ an die bürgerlichen, wie durch „Propaganda in Wort und Schrift“ Offiziere für ihre künftige Armee zu gewinnen suchen. Für die kommunistische Geistverfassung, die zur Zeit in den Köpfen dieser internationalen Nationalisten spukt, ist es sehr bezeichnend, daß sie ihren Gimpelzug zunächst auf höhere Offiziere ausdehnen wollen, deren nationalitätswidrige Gesinnung erkannt ist. Als Minister wird Lettow-Vorbeck hingestellt, er in neuester Zeit die kommunistische Kampfbewegung wegen der nationalen Einstellung der KPD abgelehnt habe. Um die kommunistischen Ziele zu fördern, empfiehlt man gemeinsamen Kampf gegen Poincaré und gegen die Mitte in Deutschland. Für die bürgerlichen wird ein „höchst höchlicher und liebender“ „bürgerlicher Ton“ (mit „Erzelenen“ anreden!) empfohlen und vor gewarnt, Parteizitate einzuschließen. Überhaupt sollen die Unterhändler möglichst wenig parteipolitisch auftreten, aber desto mehr persönliche Komplimente anbringen. So sehen die Klassenbewußten, wahren Vertreter der marxistischen Lehren im tête-à-tête mit den wilhelminischen Offizieren aus. Kein Wunder, daß von der Gegenseite die kommunistischen Arbeiter können doch gewisse Bedenken äußern über diese Liebeslei ihrer Führer mit den schlimmsten Reaktionsären der wilhelminischen Ära. Durch spezielle Flugblätter und Veranlassungen sollen keineswegs nur die Offiziere der Reichswehr und Gauhauptleute, sondern vor allem die Offiziere der Armee für die gemeinsamen nationalsozialistisch-nationalkommunistischen Zwecke eingeschlagen werden. Bei den hohen Offizieren soll besonders auf deren Ehrgeiz spekuliert werden, indem ihnen hohe militärische Posten und Ehren in der kommunistischen Armee der Zukunft versprochen werden. Aber gleichzeitig sagt das Parteiprogramm für die kommunistischen Arbeiter, daß die national eingestellten Militärpersonen abzufrieden sind,

wenn sie im Bürgerkrieg und bei der Verteidigung der durch die Kommunisten eroberten Staatsmacht von diesen zur Genüge ausgenutzt sind. Als Vorbild werden die russischen Erfahrungen hingestellt.

Den Faschismus durch Verbrüderung bekämpfen zu wollen, heißt Bekehrung durch den Teufel austreiben. Die Kommunisten bilden sich ein, daß sie bei dem Schulter-an-Schulter-Kämpfen gegen Poincaré und die deutschen Parteien der Mitte die Oberhand behalten werden. Wer gibt ihnen dafür die Garantie außer ihrer persönlichen Einbildung? Ist die Gefahr nicht viel größer, daß sie als militärische Stümper die Opfer der Berufsoldaten und deren Gefolgschaft werden? Dieser kommunistische Arbeitsplan scheint uns so ferngeponnen, daß er das beste Mittel ist, um die deutsche Arbeiterklasse bestmöglichst ins Unglück rennen zu lassen und sie dem deutschen Faschismus auszuliefern.

Wie nicht anders zu erwarten war, bezeichnet die „Kote Fahnke“ diesen Arbeitsplan als Fälschung. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Plan bei einem russischen Generalstab der Exekutive, der für Berlin bestimmt war, vor der Sowjetbotschaft in Berlin beschlagahmt wurde, als der Betreffende verhaftet wurde, der gerade im Begriff war, den Plan verschwinden zu lassen.

### Gibt die englische Politik Europa preis?

Der gut unterrichtete diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meinet, daß die Minister sich heute über den nächsten Schritt Großbritanniens in der europäischen Krise besprechen werden, daß aber die Vollziehung des Kabinetts erst heute oder Freitag abgehalten wird. Dies könnte als ein Zeichen für die zweifellos vorhandenen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministeriums angesehen werden. Der Korrespondent führt weiter aus, er höre, daß die Unterredung, die Robert Cecil am Sonnabend mit dem Präsidenten Millerand hatte, zu keiner Entwicklung im Sinne einer Annäherung zwischen der britischen und französischen Auffassung geführt habe. Unter diesen Umständen herrsche in den maßgebendsten Kreisen der Ein-

druck, daß die Grenze der britischen Zugeständnisse an den französischen Standpunkt jetzt erreicht sei. Dieses Gefühl werde verstärkt durch die Überzeugung, daß der Weg, zu einem Uebereinkommen zu gelangen, nicht darin besteht, daß man erkläre, es um jeden Preis zu wünschen. Lausanne sei hierfür ein Beispiel. Angesichts der vom britischen Volk gebrachten Opfer entspreche es weder der Würde noch der Gerechtigkeit, daß Großbritannien in diesem Augenblick irgend welche weiteren Pläne für eine Regelung vorbringe. Die Aufrichtigkeit der Bemühungen Englands um die Befriedigung und den Wiederaufbau Europas sei bereits der Welt offenbar gemacht worden. Wenn die Welt bei diesem Werk mithelfen wolle, dann möge sie es sagen innerhalb des Völkerbundes oder auf einer besonderen Konferenz. Es würde zweifellos für England sein, auf ein internationalisiertes Abkommen hinzuwirken, welches nur auf seine Kosten, finanziell und arbeitsmäßig, erreicht werden könnte. Der Korrespondent fügt hinzu, diese Erwägung geminne schnell Boden unter den Ministern. Sie komme dem Gedanken der glänzenden Hofierung nahe. Hierbei handele es sich aber nur um die Loslösung aus einer kontinentalen oder sonstigen auswärtigen Verwicklung, die nicht durch die rechten Interessen Großbritanniens oder des britischen Reiches notwendig sei. Die Hauptmärkte Europas seien ruiniert und müßten es wahrscheinlich für England für eine Reihe von Jahren, vielleicht für Jahrzehnte bleiben. Ohne dabei die Märkte, die noch einen Teil britischer Güter aufnehmen könnten, zu vernachlässigen, müßten neue Absatzplätze in den Dominions, Südamerika und China gesucht werden.

Andererseits würde die politische Loslösung von Europa dadurch gemildert werden, daß England Mitglied des Völkerbundes sei. Im Völkerbund würde das moralische Gewicht des britischen Reiches größer sein infolge größerer Freiheit von den auswärtigen Sonderverpflichtungen und der sich daraus ergebenden unparteiischen Untertierlichkeit. Gleichzeitig braucht Großbritannien auf keinen seiner Ansprüche gegenüber Deutschland und den Alliierten zu verzichten, vorausgesetzt, daß es sich entschließt, mit dem einen oder anderen Alliierten ein separates Schuldenabkommen zu treffen, unter Berücksichtigung seiner Lage und des guten Willens, den er gegenüber Großbritannien zeige.

## Die Reichsregierung vor dem Reichstag.

Cuno gibt seine englischen Hoffnungen auf. — Hermes für einige wertbeständige Steuern.

Am Regierungstisch Reichkanzler Dr. med. Cuno, die Minister v. Rosenberg, Deter, Hermes, Dr. Beder, Dr. Brauns, Groener, Dr. Gehler usw. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. In der Diplomatenloge wohnen zahlreiche Vertreter fremder Staaten der Sitzung bei.

### Präsident Loh

eröffnet die erste Sitzung nach den Ferien: Wie zu befürchten war, haben die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes einen baldigen Wiederauftritt des Reichstages notwendig gemacht. Verhandlungsgegenstände Regierungsvorlagen liegen jetzt vor. Das Parlament muß rasche Arbeit leisten, wenn die erhoffte Besserung noch kommen soll. Der Präsident gebietet dann, während die Abgeordneten sich erheben, das Abbleiben des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Daran knüpft er den Wunsch: Möge Amerika sich überzeugen, welche große Verdienste es sich um die Menschheit erwerben kann, wenn diese größte und einflussreichste Republik der Erde ihre Mühe für die Befriedigung und Beförderung der Welt leistet. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Ruheprojekts, des Steuerzinsgesetzes, der Änderung der Verbrauchssteuergesetze und der Vorauszahlung auf die Einkommen- und die Körperschaftsteuer. Das Wort erhält

### Reichkanzler Cuno

der aber zunächst von den Kommunisten durch lebhafte und laute Zurufe: Lohreiter, Schwinder, Aufsichtsrat von Stinnes, Raas, Wötter usw. am Sprechen verhindert wird. Des Hauses demütigst sich eine große Unruhe auf allen Seiten. Abg. Frölich (KPD) erhält zwei Ordnungsrufer. Mit Mühe gelingt es dem Präsidenten, die Ruhe herzustellen, indem er droht, bei weiterer größlicher Verletzung der Ordnung des Hauses die sitzenden Abgeordneten auszuweisen. Nachdem die Ruhe hergestellt ist, beginnt der Reichkanzler:

Rhein und Ruhr beherzigen auch im siebenten Monat des Unruhigen im Ruhrgebiet die Lage. Sie kennen alle die Fälle von Bergewaltigungen und Bedrückungen, Grausamkeiten und Festsetzungen, der die Deutschen dort ausgesetzt sind. In den sieben Monaten, vom Januar bis Juli, brachte der französisch-belgische Raub an Kohle und Koks Frankreich und Belgien weniger als ein Fünftel dessen, was freie deutsche Arbeit geliefert hätte. Betrag die Kohlenabfuhr im Mai noch 5385 Tonnen Kohle und 7023 Tonnen Koks, so sank sie im Juni auf 4865 Tonnen Kohle und 3500 Tonnen Koks, also um ein Fünftel bei der Kohle, um die Hälfte beim Koks. Unter dem Kampf im Ruhrgebiet leidet das ganze Gefüge der Weltwirtschaft, am tiefsten und schmerzhaftesten aber das deutsche Volk. Die Bemühungen zur Lösung der Krise haben in Rom Entschloß und volle Förderung erfahren, die Führung liegt jedoch in englischen Händen. Die Grund-

lagen, auf denen sich die England vor sich wehende Lösung aufbaut, sind für Deutschland wahrhaftig nicht erfreulich. In dem Bestreben, das gute Einvernehmen mit den Waffengenossen von gestern aufrechtzuerhalten, ist England in seinen Zugeständnissen an den französischen Standpunkt außerordentlich weit gegangen. Ob und welchen Fortgang die englische Aktion nehmen wird, vermag ich nicht zu sagen, in einem Augenblick, wo neue englische Veröffentlichungen bevorstehen und Meldungen über einen angeblich geplanten neuen englischen Schritt umlaufen. Fest steht eins, daß für große Hoffnungen kein Anlaß vorliegt. (Sehr richtig! in der Mitte.) Auch heute noch müssen wir uns auf eine lange Dauer der Leidenszeit gefaßt machen und einrichten. Wir dürfen nicht an Wunder, sondern müssen an uns selbst glauben (Sehr wahr! in der Mitte) und wir müssen diesen Glauben nicht durch fatalistische Ergebung, sondern in entschlossenem Handeln betätigen. Man spricht von Verhandlungen mit Frankreich. Ich halte den Gedanken für falsch. Die vier Jahre nach Friedensschluß stellen eine ununterbrochene Kette von Verhandlungsversuchen mit Frankreich dar. In den sieben Wochen zwischen dem Antritt der jetzigen Regierung und dem Einbruch ins Ruhrgebiet erfolgten vier Versuche, mit Frankreich zu einer Verständigung zu gelangen. Was wir nicht können und wollen, ist, deutsches Land preiszugeben und deutsche Volksgenossen zu verraten. (Lebh. Zustimmung.) Die französische Forderung nach Aufgabe des westlichen Westlandes kann die Reichsregierung niemals annehmen. (Lebh. Beifall.) Selbst bei Annahme der französischen Forderungen würden wir die deutsche Bevölkerung weder vor der systematischen Ausbeutung durch Schergen des französischen Großkapitals bewahren, noch die Rückkehr der Vertriebenen und die Freigabe der Verhafteten sicherstellen. Wir würden weder die Rückerstattung des Ruhrgebietes in einer annähernd befriedigenden Frist, noch die Rückkehr zu vertragsmäßigen Zuständen im Rheinlande erreichen. Mit der völligen und bedingungslosen Unterwerfung würden wir lediglich erlangen, daß uns wiederum ein Dokument zur Unterschrift vorgelegt wird, das uns unmögliche und von der gesamten Welt als unfruchtbar erkannte Leistungen auferlegt. Frankreich braucht eine neue Unterschrift, die Deutschland als neuen Krieger am Rhein durch die Jahrzehnte mit sich schleppen soll. Geben wir uns keinen Illusionen hin, daß eine Unterwerfung unter den unheimlichen Starren der französischen Regierung mit einem Dokument befreit werden würde, das mit peinlichster Gewissenhaftigkeit und ausgefeiltem Abwofatenwitz alles zusammenträgt und nachholt, was nach französischer Auffassung der Vertrag von Versailles verhängt hat. (Sehr wahr!) einem Dokument, das schlimmer sein würde, als jeder Vertrag, der wir ihn unterschreiben. (Sehr wahr!) Dafür das deutsche Volk die gemachten, aber von Paris abgelehnten Verhandlungen mit Frankreich auszuwerten, so heißt es für uns, mit allen Mitteln eigener Entschlossenheit

Morgen halbstündige Arbeitsruhe! (Näheres siehe im totalen Teil)

um am Leben zu erhalten und dafür jedes, aber auch jedes Opfer zu bringen. (Beifall. Unterbrechungen auf der äußersten Linken.) Wir haben allein und müssen und werden uns helfen. (Beifall.) Darum gilt es, den gewaltlosen, passiven Widerstand frei von sinnlosen Gewalttaten und frei von verbrecherischen Anschlägen, die Gewalttat und Terror auch gegen die Bevölkerung des besetzten Gebietes nicht zur Folge haben, erneute Unterbrechungen bei den Kommunisten mit aller Kraft fortzusetzen und die Bevölkerung, die sich aus eigenem Entschluß leistet, im nicht besetzten Gebiete mit besonderer Aufmerksamkeit zu schützen. (Lebhafter Beifall.) Das gilt vor allem auf finanziell-wirtschaftlichem Gebiete. Der Zerfall der deutschen Wirtschaft ist das Schicksal, was uns bedroht hat. Wir haben uns nach Kräften und Mitteln aufzubieten versucht. (1) Der Zerfall hat in den letzten Tagen einen Umfang angenommen, der die größte Sorge und Verbitterung weckt. Wir stehen vor der Gefahr, von Zustandsruhm, wie durch eine Kalamitätskatastrophe abgemittelt zu werden. Die Regierung ist entschlossen, alles zu tun, um diesem Zerfall Einhalt zu tun.

Endgültige Heilung unserer Finanzen und Währung ist freilich überhaupt erst möglich, wenn unsere außerordentliche Lage gelöst und die Reparationsfrage in entscheidendem Sinne geregelt ist. (Sehr wahr!) Das Programm, um der Inflation und dem Zerfall der Mark Einhalt zu tun, sieht drei Maßnahmen vor: die Einführung einer werblich-kreditierenden inneren Anleihe, neue werblich-kreditierende Steuerergänze, Maßnahmen zur Förderung unserer Wirtschaft. Diese Anleihe soll zur Entlastung der Reichskasse rasch Mittel beschaffen, sie soll ferner der Wirtschaft und dem gesamten Volke eine werblich-kreditierende Anleihe darstellen. Durch die Begebung der Anleihe in kleinen Portionen soll dem Handel ein werblich-kreditierendes Zahlungsmittel erschaffen werden. Mit der Anleihe muß die Schaffung neuer Einzahlungsmittel Hand in Hand gehen. Unsere Sicherungsaktion besteht aus drei wesentlichen Grundgedanken. Zwei müssen wir rasch in ein Aktionsprogramm durchführen, um Steuermaßnahmen rasch und zuverlässig dem Reiche zuzuführen. Selbst bräutliche Steuern müssen auf Zeit in Kauf genommen werden, bis eine grundsätzliche Reform unseres Steuerwesens durchgeführt ist. Steuer- und Kapitalsteuern müssen eingeschränkt werden und wieder eine gesunde Steuerformel zwischen Reich, Ländern und Gemeinden in Vorbereitung sein. Anleihe und Steuerergänze sollen dem Währungsverfall entgegenwirken und sollen unserer Wirtschaft wieder eine ehrliche, gesunde Grundlage geben. Darum sind auch die Steuerlasten so schwer zu sein, im großen Zusammenhang stehen, kein Opfer für die Wirtschaft, sondern sie sind notwendig auch in dieser Hinsicht. Währungs- und Kapitalsteuern sind die Reichsbedürfnisse vor großen Aufgaben. Die Einführung der Einkommen- und Körperschaftsteuer hat die Einkünfte für die Wirtschaft der Reichsregierung. Die Vermögenswertungen sind abgebaut worden. Die Einkünfte sind auf das absolute notwendige Maß beschränkt worden. Der Ausfuhr muß jede nur mögliche Unterstützung gewährt werden; um die Zahlungsbilanz günstiger zu gestalten und uns Positionen zu sichern. Soweit wir an Weltmarktpreisen anknüpfen können, haben die Außenhandelsstellen ihre eigentliche Bedeutung verloren. Die Ernährungspolitik erfüllt nicht nur die Bedürfnisse der großen Städte, sondern auch die Verbraucher bis in die kleinsten Orte hinein mit erster Sorge. Jegl. in die Einkünfte der notwendigen Rente auf längere Zeit gestreckt. Die Ernährung ist auch Geldwert. Darum ist die Reichsregierung trotz erster Bedenken dazu übergegangen, Löhne und Gehälter innerhalb ihres Bereiches in hartem Umfange der Löhner anzupassen. Vor einem Monat erklärte die Regierung, daß sie auch für die Arbeiter in Privatbetrieben eine ähnliche und bessere Anpassung der Löhne an die Löhnerung für erforderlich hält. Auch für die Gehälter ist es dringend notwendig, und ich rufe dazu die Arbeitgeber aller Berufe auf, daß der Entwertung des Geldes rasch und wirksam in den Löhnen und Gehältern Ausgleich geboten wird. Die Regierung ist auf dem besten Wege und wird gegen Angriffe von welcher Seite sie kommen mögen, mit aller Kraft vorgehen und wissen, daß die deutsche Republik hart genug ist, sich zu helfen. (Anbauernde Zustimmung der äußersten Linken.) So verwerfen wir die Umwertung des Bürgerkrieges ist, so schäblich ist auch das Gerücht vom Bürgerkrieg. (Sehr wahr! in der Mitte.)

Heute leben wir keine Möglichkeit eines Verständigungsversuches. Wir leben nur die Forderung nach Kapitalisation. So geht der Kampf weiter. Er fordert ein hartes Volk und eine starke Regierung. Darum ist es Pflicht des Reichstages, dem Volke die höchste Regierung zu geben, die möglich ist, und sie mit der ganzen Autorität des Parlamentes zu befehlen und zu führen. (Loben und lachende Zurufe auf der äußersten Linken.) Mehr als alle Monarchen ist es hier, daß ich das Amt des Reichstagspräsidenten übernommen habe, nicht aus Eitelkeit, sondern nur, um mit meiner Person dem Vaterlande zu dienen. (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Lärm auf der äußersten Linken.) Ich werde ihm bis zum letzten Tag meiner Kraft dienen, wenn die Vertreter des Volkes mir ihr Vertrauen geben, aber nicht einen Tag länger. (Einmütiger Beifall.) So muß Klarheit zwischen uns geschaffen werden, wie es mit diesem Vertrauen steht. Deshalb bitte ich Sie, über die Regierungsvorlage mit aller Offenheit Ihre Meinung zu sagen, damit wir sehen können, ob wir in gemeinsamer Arbeit das Volk retten können oder nicht. (Stürmischer Beifall und Handklatschen im Saale und auf den Tribünen, Lärm bei den Kommunisten, der eine ganze Zeit anhält, bis endlich der Präsident dem Finanzminister Hermann das Wort erteilen kann. Auch dieser

mit den von der Linken mit Zurufen begrüßt: Reichstagsminister, Sie haben geschäft!)

Reichsfinanzminister Dr. Hermann  
zählt zunächst die verschiedenen neuen Gesichts-  
würfe auf, die dem Reichstage zugegangen sind und fährt dann  
fort: Außerdem sind entscheidende Maßnahmen auf dem  
Gebiet des Tarifwesens bei den Reichsbahnen  
und der Reichspost in Vorbereitung. Auf steuerlichem Gebiet wird  
weiter ein Entwurf zur Änderung des Vermögens- und des  
Einkommensteuergesetzes sowie zur Erhöhung der Umsatzsteuer dem-  
nächst vom Reichsministerium beschließen werden. Auf dem Gebiete  
der Einkommensteuer sind die Arbeiten zur Umgestaltung an die ver-  
änderten Verhältnisse im vollen Gange. Die Finanzen sind un-  
zweifelhaft in einem schmerzhaften Zustande wie noch nie  
seit Beendigung des Krieges. (Gelächter bei den Kommunisten.)  
Die Gesamtausgaben des Reiches betragen im März 38 Milliarden,  
im April 28, im Mai 29, im Juni 14,5, im Juli 37 Milliarden.  
Überan waren durch Einnahmen gedeckt im März 21 Prozent,  
im April 35, im Mai rund 53 und Juni 19 Prozent. Nach  
Auscheiden der Zuschüsse zu den Betriebsverwaltungen und der  
Kosten der Reichsbahn und der Durchführung des Friedensver-  
trages waren gedeckt im März 58, im April 58, im Mai 109 und  
im Juni 42 Prozent der Ausgaben. Die schwebende Schuld des  
Reiches hat sich unter dem Ansatz dieser Verhältnisse seit dem  
11. Januar von 1,8 Milliarden bis zum 4. August auf 6,8 Milliarden  
vermehrte. Die letzte ungedeckte Entschuldung hat ihre Ur-  
sprünge nicht im Inlande, sondern im Auslande. Wenn alle Ver-  
mählungen demnach der Erfolg verlagert wird, so lag dies einerseits  
daran, daß der Markt der Leistungen, die von uns verlangt werden,  
in seinem Verhältnis zu unserer Leistungsfähigkeit steht und daß  
andererseits unsere Leistungsfähigkeit von Tag zu Tag vermindert  
wird. Bei der Reichsbahn wurden im wesentlichen diejenigen  
Erwerbsstellen umverteilt, auf welchem die Last der  
Kampfes in erster Linie ruht. Bei den Krediten für die Industrie  
wurde darauf Bedacht genommen, daß durch Papiermarkt-  
kredite bei einer weiteren Entwertung der Mark die Betri-  
ebnisse nicht ein ungeschickter Vorteil zu Lasten des Reiches  
erschaffen könnten. Um die verlässliche schnellere Anpassung der  
Einnahmen an die Verwertung zu erreichen, sollen die Tarife  
der Eisenbahn und Post auf werblich-kreditierende Grundlage ausgebaut  
werden; für die Tarife werden feste Grundsatze bestimmt und  
dies mit einer der jeweiligen Wirtschaftslage entsprechenden  
Schlüsselzahl verknüpft werden. Die neuen Maßnahmen sollen  
bei der Reichsbahn mit dem 1. September, bei der Reichs-  
post mit dem 1. September der Eisenbahnerträge sind während der  
Dauer der Ruhrbesetzung bis zum 21. Juni fast 6 Milliarden Mark  
im Reichsbahnbudget aufgebracht worden, darunter für Reparations-  
arbeiten 27 Milliarden, für Unterhaltung von Kohlen, Holz  
und Holzprodukten hauptsächlich an Stellen 27 Milliarden, für  
Wohlfahrtsarbeiten 184 Milliarden, Wiederaufbauarbeiten 2297  
Milliarden, Abfertigung von Schiffen 290 Milliarden, enalliche  
Schiffbauarbeiten 24 Milliarden.

Der Minister bezieht im einzelnen die neuen, bereits aus-  
führlich angelegten Steuerentwürfe. Außerdem kündigt er für  
die Herbsttagungen des neuen Reichstages, Gebiets- und Ein-  
kommensteuergesetz an. Zur gleichen Zeit sollen die grundlegenden  
Gründe der Einführung der Goldrechnung, der Goldbilanz und des  
Goldverkehrs eingehend geprüft und erörtert werden. Dabei handelt  
es sich nicht, so betont der Minister, um eine Änderung unserer  
Währung, sondern nur darum, die Arbeit an der Wiederherstellung  
der Goldbilanz für unsere Währung nach besten Kräften zu  
erleichtern. Die Einführung einer Weltmark hat damit  
nichts zu tun. Die Weltmark kann lediglich einen neuen  
Markstab für den Wert der Goldbilanz schaffen. Des  
weiteren erläuterte der Minister die neuen Bestimmungen des Reiches  
aus dem Finanzausgleichsgebiet gegenüber den Ländern und Ge-  
meinden. Aufgabe des neuen Finanzausgleichs werde es sein  
müssen, den Ländern und Gemeinden ein größeres Selbstbestim-  
mungsrecht auf dem Gebiete der Einnahmen zuzubilligen. Um-  
fassend muß dafür geteilt werden, daß die Bereicherung von  
Kreditinstituten, welche bisher in erheblichem Maße mit  
der Aufnahme von Papiermarktkrediten verbunden war, ihr Ende  
finden. Geldverkehr und Kreditverkehr werden immer stärker werblich-  
kreditierende Anleihen brauchen. Die neuen Bestimmungen sollen die neuen  
Schonungen ermöglichen. In der Richtung einer inneren  
Geldrechnung brauchen wir nicht zu verzweifeln. Allerdings wird ein  
großes Maß von Entschleunigung der Reichsregierung und des  
Reichstages dazu gehören, um zum Ziele zu gelangen. (Beifall!)

Ein Antrag Reenen (Komm.) ist in die Debatte  
über die Reichsindexziffer einzureihen, wird entsprechend eines  
Schlüssels des Reichstages abgelehnt und die Debatte  
auf Donnerstag verlegt.

**Die Reichsindexziffer  
für die Lebenshaltungskosten**  
In der Nacht nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes  
für den 4. August auf das 149,51fache der Vorkriegszeit. Die  
Steigerung gegenüber der Vormache beträgt 109,2 Prozent.

**Ein Dollar (Berlin) 4500000 Mf.  
Ein Dollar (Newyork) 5000000 Mf.**

### Sand in die Augen!

Was deutschnationale Blätter ihren Lesern mitteilen  
in der Wirtschaftskatastrophe bieten können, zeigt die  
gestrige „Schlesische Tagespost“. Wörtlich heißt es  
ihrem Leitartikel:

„Die Früchte der sozialistischen Wirtschafts- und Finanz-  
politik beginnen zu reifen.“

Das mag das rechtsradikale Blatt mit frecher  
in einem Zeitpunkt in die Welt zu rufen, in dem es  
fast acht Monate von einer rein bürgerlichen  
Rechtsregierung geführt werden, deren Reichs-  
kanzler sich leider gerade in der Finanzpolitik von den  
deutschnationalen Abgeordneten und den  
glückseligen einstigen Kriegsfinanzminister Helfferich  
beraten ließ. Seit 1919 hat das Reichs-  
parlament seit eine bürgerliche Reichs-  
heit gehabt, die in der Wirtschafts- und Finanzpolitik  
auch die Entwürfe sozialdemokratischer Koalitionsminister  
stets nach ihrem Willen zurecht geschneitten hat. Aber  
aber alle bürgerlichen wirtschaftlichen  
politischen Wünsche sind erfüllt worden.  
Wir haben die „freie Wirtschaft“, haben die  
„freie“ Devisenhandlung, haben alle  
Reformen durch die Geldentwertung unwirksam gemacht  
— der Erfolg ist da, und die deutschnationalen Führer  
dieser Wirtschaftspolitik wollen nun plötzlich ihre Zähne  
nicht mehr wahrhaben. Sie schreien „haltet  
Dieb“, wie nur irgendein Verbrecher schreien  
kann. Aber in ihrer Frechheit wollen sie auch jetzt  
praktisch jede wirkliche Abhilfe verweigern. Wörtlich  
schreibt die „Tagespost“:

„Wer glaubt, die Mark ließe sich befestigen, wenn nur die  
Steuern werblich-kreditierend gemacht würden, der hat von den Dingen  
um die es sich handelt, noch nicht den Schimmer eines Ahnens.  
Dunkles Licht über die Steuern zu werfen, ist nicht  
reichende Ertrag einer Wirtschaft, der das ganze Volk  
ernähren vermag, der auch die Mittel beschafft, um die  
wichtigen Ausgaben des Reiches zu decken.“

Die Herren Agrarier wissen mit dem Ertrag  
ihrer Wirtschaft gar nicht, wozu sie, sie  
das Korn der vorjährigen Ernte zum Teil noch in  
Scheunen verkaufen, um nur die Preise zu steigern. Wenn  
noch jetzt lassen sie ihre Presse gegen die Ertrags-  
erhöhung schreiben, noch jetzt wollen sie die Ertrags-  
mehr Ertrag haben, ehe sie Volk und Staat gnädig  
etwas abgeben. Sie wissen ganz genau, daß  
der Staat, wenn er werblich-kreditierende  
Steuern hat, und den Markturaufhalt  
Auslandsseit und Auslandsform ein-  
führen kann, wie der sozialistische Wirtschafts-  
minister Robert Schmidt das getan hat und daß er ihnen  
damit dann endlich die Ruhrpreise zu verderben ver-  
mag. Darum suchen sie, den Staat auszuhungern, damit  
er dem Volk nicht zu Hilfe kommen kann; darum ist  
ihnen keine Lüge zu frech, um den hungernden Massen  
Sand in die Augen zu streuen und inzwischen die Preise  
wieder zu erhöhen.

Die Kommunisten aber, die ja gegenwärtig  
die Parole ausgeben, man könne „ein Stück Weges“ mit  
den Rechtsradikalen gemeinsam gehen, weil ihnen die  
außenpolitische Entlastung Rußlands von Entente  
wichtiger ist als das hungernde deutsche Proletariat  
helfen den Agrariern gerade jetzt noch  
bei ihrer Abkantungspolitik. Die „Schlesische  
Tagespost“ verlangt getrennt „Beschlagnahme  
aller Lebensmittel“ und im selben Artikel wieder ein  
„Arbeiter- und Bauernregierung“, verwirrt dagegen  
die sozialdemokratischen Steuervorschläge. Die Kom-  
munisten können aus Rußland wissen, daß Polizeimaßnahmen  
wie Beschlagnahme, selbst bei Todesstrafe nichts  
helfen und wieder abgeschafft werden  
müssen. Sie wissen ganz genau, daß die Bauern  
der Ernährungspolitik die schlimmsten Koalitions-  
genossen sind. Aber sie verweigern uns die  
Hilfe für umfassende werblich-kreditierende Besteuerungen,  
deren Ertrag Lebensmittel vom Staat auf dem Welt-  
markt gekauft werden können, um die deutschen Preise  
zu drücken und den Agrariern das Hamstern unloh-

## Sklaverei.

Roman von Upton Sinclair.

Einzig berechnigte Uebersetzung von Hermann zur Wölfe.

1919  
Er galoppierte weiter, kein Herz nach ihm, keurig. Was hatte  
Kondoch gemeint, weshalb war er so außerordentlich gereizt?  
Alan erinnerte die Hauptstraße von Woodville. Die Reichs-  
hausglocke klang, Menschen liefen von allen Seiten vorbei. Alle  
Hausfronten standen offen. Alan ritt weiter, kam an ein militärisches  
Lager; Jette Redden warf den Blick zurück, sah die ganze  
Länge der Straße, die ganze Stadt schien hier zu sein.  
Zwischen dem Gitter der Glocke und dem wilden Lärm der  
Tiere löste eine Stimme hervor: jemand hielt eine Rede.  
Ein hochwüchsiges Mann hatte an Alan verdrückt; dieser  
rief ihm zu: „Was ist los?“  
„Die Festung Sumner! Die Panzer werden sie verstärken.  
Wir haben aus Carleton die Nachricht bekommen!“

### 2. Kapitel.

Alan lehnte sich in der ersten Nacht nach New Orleans  
nicht, schritt ziellos auf dem Deck hin und her, während ein  
düsterer Gedanke. Sein Blick behielt die ihm das  
Schicksal des Schiffes gebracht. Er warf wenig vom Wert des  
Schiffes, hatte sich geholt, was er brauchte. Der Verfall seines  
Schiffes kümmerte ihn kaum, härter empfand er die Gewissheit,  
daß er nur seine Sklaven nicht betreten konnte, daß sich niemand  
auch dies von dem großen Schiff, das für ihn auf die Entdeckung  
des Südens gefahren war.  
Die Regierung in Washington hatte nach Charleston eine  
Schiffahrt geschickt, sie wurde die Festung verproviantieren, auf  
Irtland. Alan dachte, daß ein amerikanisches Schiff.  
Am folgenden Morgen verließ Alan New Orleans, fuhr in  
die Richtung von Charleston. Die Holzbohlen erreichte er  
die Marine-Hai. Auch hier überall Truppen, Kriegs-  
vorrichtungen. Alan erinnerte sich, daß er bereits  
seine Antwort nach Washington geschickt, er werde das  
Verproviantieren der Festung nicht gelassen.

Alan Reize wählte zwei Tage, am sechsten April traf er  
in Montsomery ein. Er lasste sofort eine Zeitung, häuete sich  
auf die Reaktionen. Die Ereignisse folgten rasch aufeinander.  
Schiffe der Vereinigten Staaten waren vor Charleston er-  
schienen, die Festung Sumner hatte mit ihren Signalen getuschelt.  
In der Nacht waren die Truppen von Charleston durch das  
Abwehren von Signalen gestört worden, in der Dunkelheit  
galoppierten Regimenter durch die Straßen, das Rollen der  
Trummeln erfüllte die Luft. Es klang, lebendiger Mann und  
beherzigtig Gehörte besaßen sich in der Stadt, und Präsident  
Davis und sein Kabinett schickten eben in ihrer Sitzung über  
Krieg oder Frieden.  
Alan begann sich ins Kapitel, ein weißes Marmorgebäude  
im griechisch-amerikanischen Stil, das auf einer Anhöhe lagend,  
die ganze Stadt überblickte. In der frühen Stunde drängten  
sich unzählige Leute in den Saal, wo der Kongreß tagte. Alan  
betrachtete die Reglements; sie waren zum größten Teil hoch-  
gewachsene, hellhäutige Männer, nach der südlichen Mode ge-  
kleidet, mit großen Hüften, kräftigen weichen Kramatten und  
hohem Kragen. Alan bemerkte, daß fast alle Tabak rauchten.  
Alan schlenderte wieder auf die Straße hinaus, wanderte  
ziellos umher. Die Ungezogenheit der Stunde lockte ihn. Er  
gelangte zu einem Gleichmann, wo eben ein Regier verfertigt  
wurde, ein elend ansehender, abgemagerter alter Mann, der in  
einem Bündel ein sein sah und ein bei ihm lag. Ein deutscher  
Fähnchen bei ihm hielt. „Was haben Sie denn für einen  
Schnaps, ein guter kräftiger Schnaps, meine Herren ...“

Alan war stehen geblieben, der Fahnchen winkte ihm zu:  
„Können Sie sich die Ware näher ansehen, mein Herr?“ Die  
Ungezogenheit blühte auf Alan, der glotzte wurde und häufig  
weiterging. Als er das Ende der Straße erreichte, sah er vor  
sich einen Mann gehen, dessen Gesicht ihn langsam bekannt  
wurde. Alan eilte vor, es war Herr Davis. Alan fühlte,  
wie sein Herz heftiger schlug. Alles wurde, alle niederhelfte  
Gedanken waren in dem Mann verdrängt, der da vor ihm dastand.  
Aber die Augen blickten Alan an, er sah, er sah die Augen  
blicken, blühten auf diesen Mann, Glück oder Elend, Leben oder  
Tod von Millionen hing von diesem Mann ab. „Nichts ist  
er aber in diesem Augenblick die Entscheidung, vielleicht hat er  
se schon getroffen. Die Nacht hat die Hand die Nacht herab-  
hängt, die Maschine von in Bewegung gesetzt, die Fäden der

entzündet, die einen ganzen Weltteil ins Verderben des Krieges  
stürzen wird.

Präsident Davis stieg eilige Treppen hinan, die zu einem  
großen Ziegelgebäude führten. Zufällig blühte er die Straße  
entlang, sah Alan. Der junge Mann lächelte den Hut. „Guten  
Tag, Herr Davis.“  
Davis grüßte zurück, sah festhönd in Alans Gesicht. „Ihre  
Züge sind mir bekannt.“  
„Ich heiße Montague, ein Hauptmann Montagues Sohn.“  
„Herrn Montagues Sohn, freilich.“ Er streckte Alan die  
Hand hin. „Ich habe Sie lange nicht gesehen. Wo leben Sie  
jetzt, Alan?“  
„In Boston.“  
„Der andere schaute ihn erkannt an. „In Boston! Wo  
jetzt werden Sie wohl daheim bleiben?“  
„Nein.“  
Ein Schützen fiel über Davis' Gesicht. „Der Süden hat  
aller seiner Söhne“, sprach er ernst und wandte sich zum Gehen.  
Alan folgte einer jähren Keigung, streckte bittend die Hand aus:  
„Gott gebe Ihnen Weisheit, Herr Davis.“

Davis fuhr zusammen, blühte Alan an; die ganze  
des Mannes schien aus den sorglosen Augen zu blühen.  
„Junge“, sagte er mit leiser, unklarer Stimme: „Wenn Gott  
nicht Weisheit gibt, so liegt es nicht daran, daß ich nicht da  
gebetet habe.“ Dann fiel hinter ihm die Tür ins Schloß.

Erstarrt wandte sich Alan ab, der Blick des anderen  
hatte ihn zutiefst getroffen. In den letzten Jahren hatte  
Jefferson Davis gehaßt, ihn für alles verantwortlich gemacht  
er allein, seine Festigkeit, seine Berechnung und Gewandtheit  
hatten die Dinge so weit gebracht. Er hatte die Bewegung ge-  
führt — und nun war sie seinen Händen entfallen. Man wollte  
dies zu brechen, die Kapitulation von Charleston zu bündeln  
verdrängen. Das er deshalb so abgelehnt aus, waren seine Worte  
desohls? ... Und nun wird er entscheiden. Alan ging weiter  
kam abermals an den Brunnen. Die Stimme des Verfertigers  
gelte noch immer durch die Luft: „Mach acht, ertüchtigen  
Dollars, meine Herren!“

(Fortsetzung folgt)

Katastrophenpolitik, die darauf rechnet, daß Hunger blind macht, Katastrophenpolitik, die den Hunger gewissenlos absichtlich verschärft, um dann die Ernte auf dem Trümmerfeld zwischen den Leichen unserer Kinder und Frauen halten zu können.

### Von Rhein und Ruhr.

**Eine Kohlegrube erschüttert...**  
Wie die „Berliner Zeitung“ meldet, erschienen vorgestern die auf der Schachtanlage Scholven Koks verlebten Arbeiter im Kesselhaus der Zeche und stellten die Dampfzufuhr ab. Das Maschinenpersonal drehte den Dampf ab, die Arbeiter aber, die ebenfalls vom Dampf abhängig waren, schloß sich ein besorgter Ingenieur zum Kesselhaus und ließ die Befehle des Kesselhauses falls die Dampfzufuhr einmal unterbrochen werden sollte. Das Maschinenpersonal wurde es wurde für Belgier kein Dampf gekesselt. Die Verhandlung verhandelte mit dem belgischen Ingenieur und erlaubte die Arbeiter und Arbeiter aus der Grube herausgeholt zu kommen. Darauf wurde der ganze Betrieb stillgelegt. Dabei schied niemand aus Scholven. Das Feuer wurde unter Kontrolle herausgerissen. Dadurch ist der Betrieb überhaupt nicht geworden. Es besteht die Gefahr, daß die Grube...

**Strafmahnahmen für Dynamit-Attentate.**  
Nach einer Mitteilung der Agence Havas aus Coblenz hat die Rheinlandkommission im Einvernehmen mit General von Bockelmann wegen des Bombenwurfs auf einen französischen Jagar in Bielefeld den Tag- und Nachtverkehr zwischen Coblenz und Bielefeld am 8. August, abends 11 Uhr, an, auf 7 Tage zu verbieten.

**Wertbeständige Renten!**  
Der Reichstagsausschuß für Sozialpolitik verhandelte über die Erhöhung der Renten in der Sozialversicherung. Hierzu hat durch das Reichsarbeitsministerium ein Berordnungsdekret über die weitere Erhöhung der Unterstützung der Rentenempfänger, Invaliden und Angehörigen vorgelegt. Grundätzlich wurde beschlossen, für die sozialen Unterstellungen ein Schlüsselverfahren einzuführen, das diese Bezüge der fortwährenden Geldentwertung automatisch anpassen soll. (Die Sozialdemokratie drängt seit Monaten auf wertbeständige Renten! Red.)

**Kartoffelüberschüsse in Polen.**  
Nach wirtschaftlicher Meldung besitzt Polen gegenwärtig nach Schätzung des inländischen Bedarfs noch große Vorräte von Kartoffeln alter Ernte. Es seien bisher 4000 Waggons ausgeführt und noch 10.000 warten auf den Abzug nach dem Auslande. Es besteht die Gefahr, für die Kartoffelausfuhr Erleichterungen zu wählen.

### Gewerkschaftsbewegung.

**Aktion, Bauarbeiter-Jugend!**  
Diesen Sonntag vormittag wird im Gewerkschaftshaus eine Versammlung stattfinden, in der über den am Sonntag, 10. August, stattfindenden Auszug gesprochen wird. Mehrere Anträge der Versammlung sind noch. Meldungen zu den Auszügen werden jedoch nicht mehr angenommen. Es wird in der Versammlung über den Stand der Ferien und die weitere Arbeit gesprochen werden, sobald ein recht zahlreicher Besuch zu erwarten ist. Unsere Delegierten bitten wir, ganz besonders zu achten.  
Am 10. August, den 10. August, hat gemäß den Sprüchen des Gewerkschafts für das Baugewerbe die Ferien den Lehrlingen zu Ende es wird auch von einem weiteren Teil der Lohn nach dem Ende des Berufslehrens und Schlichtungsausschusses berichtet. Wir müssen am kommenden Sonntag noch einmal entsprechende Beschlüsse machen und erlauben aus diesem Grunde entsprechende Erklärungen.

### Außenpolitische Wochenschau.

**Nach dem Präsidentenwechsel in Amerika. — Die Hemmungen der englischen diplomatischen „Aktion“.**  
**Grenzen des französischen Imperialismus.**  
Der plötzliche Tod des Präsidenten Harding hat in Europa vor allem auf beiden Seiten der Ruhrfront — auf neue amerikanische Hoffnungen auf eine Wendung in der Politik der Vereinigten Staaten zugunsten einer stärkeren Unterstützung an der europäischen Wirtschaft aufmerksam lassen. Die bisherigen Entschlüsse durch die letzten amerikanischen Präsidenten wäre das geradezu unbegreiflich, würde nicht durch die in dieser Pariser und Berliner Ausstellungen der Wund der Welt des Gedankens. Wenn auch ernsthafte Politiker wie der amerikanische Großindustrielle und frühere Minister Loucheur sich gegen die Hemmungen beteiligten, so ist das überhaupt nur die Hemmung der ungeheuren persönlichen Macht des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf Grund der amerikanischen Bundesverfassung verständlich. Führt doch der Präsident während seiner Amtszeit die auswärtige Politik fast ganz nach seinem Ermessen, zumal wenn er derselben Partei angehört wie die Mehrheit des amerikanischen Oberhauses des Senats, während das gesamte Volksparlament, der Kongress, in die Außenpolitik fast überhaupt nicht hineinkommt. Wilson, der diese Macht der amerikanischen Außenpolitik ausnutzte, ideterte mit dem Kern seines Friedensbegriffes, dem Beitritt der Vereinigten Staaten zum Völkerbund, schließlich am Widerstand der konservativen republikanischen Senatsmehrheit. Harding, der damals selbst zu republikanischer Mehrheit gehörte, hatte bis jetzt ihre Unterstützung für sein Programm des Abbaus der Budgets für die Außenpolitik, auf Grund dessen er in Washington die Teilzahlung zur See durch Verrentung der fünf heute in Seemächte erreicht und im übrigen den Rückzug der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland, die Ablehnung eines Vertrags zum Reparationskonflikt und andere rein negative Maßnahmen veranlaßte. Sollte es richtig sein, daß sein Nachfolger Coolidge, trotz seiner bisher rein auf die Innenpolitik gerichteten Tätigkeit, eine positivere persönliche Einstellung zu den europäischen Fragen hätte, so würde er durch das Votum der republikanischen Mehrheit gegen die Wilsonpolitik des aktiven Eingehens in die europäischen Handel, durch seine republikanische Zurückhaltung, am meisten aber durch den provisorischen Vertrag seiner Amtsübernahme bis zur Neuwahl von 1923 in Auswirkung jeder positiven außenpolitischen Ansicht mindestens gemindert sein. Amerika steht immer noch in einer Periode industrieller Hochkonjunktur, durch die die von jeder gezielte Kaufkraft seines inneren Marktes ungeheuer gesteigert werden ist. Diejenige Macht, von der jeder amerikanische Präsident keine Entschlüsse in freiwilliger Abhängigkeit hält, ohne die amerikanische Rechte dazu genommen zu sein, ist die öffentliche Meinung mit all ihren demokratischen und republikanischen Elementen, ihren problematischen Bewegungen und über im öffentlichen meiste kurzfristigen Ansichten. Die öffentliche Meinung vertritt politische und wirtschaftliche Interessen der Vereinigten Staaten an der zerrütteten alten Welt vor einer

Für die Diebstahlarbeiter in Breslau-Land II zur Kenntnis, daß der Lohn laut 62 600 Mark, 66 200 beträgt. Dies bitten wir auch diejenigen zu berücksichtigen, die von uns Lohnberechnungen schon in der Hand haben. Die Ortsverwaltung.

**Neue Lohnregelung im Bekleidungs-gewerbe.**  
Auf Grund der neueren statistischen Erhebungen haben für die Lohnwoche vom 5. bis 11. August 1923 folgende Spitzenlöhne für die Herren- und Damenmodenbranche Gültigkeit:  
Herrenmaschneider . . . . . 60 130 M.  
Damenmaschneider . . . . . 63 140 M.  
Fadenarbeiterin . . . . . 40 000 M.  
Entsprechend dieser prozentualen Steigerung gegenüber dem letzten Abkommen beträgt die Staffelnung in den einzelnen Ortsklassen 1700 Mark. Das gleiche trifft ebenfalls für Reparaturarbeiten zu.

Für die Herren- und Knabenkonfektionsbranche ist für das Stadtgebiet Breslau noch folgendes vereinbart worden: Der prozentuale Löhnerhöhungsbetrag für die Lohnwoche vom 6. bis 11. August einschließlich 5915 400 Prozent. Für die Kinderkonfektion geklärt sich gemäß dieser Vereinbarung der Löhnerhöhungsbetrag auf 5356 700 Prozent. Für die gleiche Lohnwoche beträgt das Spitzenlohn für Schneider 60070 Mark. Diese gleichen Bestimmungen treffen ebenfalls zu für die Gummiindustrie.  
Der Spitzenlohn für die Uniformherstellung beträgt für die oben angeführte Lohnwoche 45 270 Mark. Im übrigen sind die Löhne der Wäschebranche, Arbeiterkonfektion, Damenkonfektion ebenfalls neu geregelt worden. Tarifverträge aller vorstehenden Branchen können im Büro des Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verbandes abgeholt werden.

**Neue Buchdruckerlöhne.**  
Der Deutsche Buchdrucker-Verein teilt mit: Infolge persönlicher Eingreifen des Reichsarbeitsministers sind die Löhne im Buchdruckgewerbe in der ab 4. August laufenden Lohnwoche um 33,73 Prozent erhöht worden. Diese Erhöhung und die infolge der weiteren Steigerung des amtlichen Löhnerhöhungsbetrag für die Woche ab 11. August eintretende weitere Erhöhung bedingt in Verbindung mit der außerordentlichen Materialpreiserhöhung eine Erhöhung der Schichtlohn für das Buchdruckgewerbe um 16 000 ab 9. August.

**Abstimmung der Berliner Buchdrucker.**  
Die Funktionärversammlung der Berliner Buchdrucker und Hilfsarbeiter beschloß gestern, heute in den Betrieben eine Abstimmung über Annahme oder Ablehnung eines im Reichsarbeitsministerium getroffenen Lohnabkommens vorzunehmen. Die Versammlung beschloß ferner, als Lohn für die nächste Lohnwoche 20 Goldmark zu fordern. Die Stimmgabel bei der Abstimmung werden auf „Arbeit“ oder „Streik“ lauten.

**Bom Buchdruckerverband, Ortsverwaltung Breslau, wird uns berichtet:**  
Der Zentralverband in Berlin teilt mit, daß sich infolge Abmachungen der beiderseitigen Organisationen die Löhne für die Woche vom 4. bis 10. August in der Spitze um weitere 600 000 M. erhöhen. Für Breslau dürfte eine Erhöhung von ungefähr 750 000 Mark in Frage kommen. Die genaue Zahlen können erst nach Eintreffen der amtlichen Ausrechnungen bekannt gegeben werden. Weitere Auskunft im Büro.  
Freitag, den 10. August, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Außerordentliche Versammlung der Buchdrucker-Betriebsräte und Vertrauensleute.

**Berichtigung**  
**über die Veröffentlichung der Hausangestelltengehälter.**  
Wir machen darauf aufmerksam, daß die von den Hausfrauen-Veränden veröffentlichten Gehälter längst überholt sind. Für den Monat August sind dieselben im Büro für Hausangestellte Zimmer 115, Margaretenstraße 17, Neubau I, ab 20. August gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches abzuholen. Berichtigungen dürfen zu den bekanntgemachten Sätzen nicht vorgenommen werden, es muß heißen: z. B. Grundgehalt im Juli 100 000 Mark plus Indizes für August.  
Abzüge jeder Art dürfen von obengenannten Sätzen nicht gemacht werden.

**Spernung einer Werft.**  
Die Werft Ham & Bock stellte heute den Betrieb ein und entließ sämtliche Arbeiter. Als Grund wird von der Werft angegeben, daß sich die Besatzung an fremdem Schiffsgut und am Eigentum der Betriebsbeamten vergreifen habe. Außerdem wird auf kommunizierende Umtriebe hingewiesen.

### Aus Schlesien.

#### Lebensmittelpenknappheit in Oberschlesien.

Der Oberpräsident von Oberschlesien erläßt folgenden Aufruf:  
Oberschlesier! Die Lebensmittelpenknappheit in den Städten hat in den letzten Tagen einen immer besorgniserregenderen Umfang angenommen. Besonders fehlt es an Fleisch, Fett, Kartoffeln und Gemüse. Infolge der Schwierigkeit der Beschaffung kommt eine Einfuhr dieser Lebensmittel aus dem Auslande kaum in Frage. Die Versorgung der Städte ruht somit gegenwärtig im wesentlichen auf den inländischen Erzeugern. Eine unzureichende Versorgung der von allen Vorräten fast entblühten Städte muß Lebensmittelunternehmern und innere Kämpfe zur notwendigen Folge haben. Wie im Kriege der Hunger dem kämpfenden Heer die Waffen aus der Hand schlug, so droht er jetzt die Einheitsfront im Widerstand gegen die Rhein- und Ruhrbesetzung zu sprengen. Unabsehbar sind die unserem Vaterlande drohenden Gefahren. In dieser ersten Stunde wende ich mich an alle Erzeugerkreise, insbesondere an die landwirtschaftlichen Vereine und Verbände, an jeden einzelnen kleinen und großen Landwirt mit der Mahnung:  
Hörbert nicht durch Zurückhaltung der zur Volksernährung erforderlichen Lebensmittel die Pläne unserer Feinde. Bietet Fleisch, Kartoffeln und Gemüse für die Städte. Gebt unerschütterlich das Notwendige, damit nicht auch Ihr bald alles verliert. (Wir glauben kaum, daß diese auf gemeinte Mahnung auf den dickfälligen Großgrundbesitz irgend welchen Einfluß haben wird. D. Red.)

Hindenburg D.-G. Vermißt wird der 23 Jahre alte Schlosser Felix Hindemith aus Breslau, Lauenhagenstraße 192. Er arbeitete bei der Firma Gebr. Körtling, zur Zeit Elektricitäts- und Zaborge. Er verließ seine Wohnung in Hindenburg am 28. Juli um 2 Uhr nachmittags mit der Angabe, ein Paar Schuhe zu kaufen und um 4 1/2 Uhr nach Breslau zu fahren. Seitdem fehlt jede Spur. Bekleidet war er nur mit einem einfachen Laufanzug, wodurch das Verschwinden um so rätselhafter erscheint. Sämtliche Nachforschungen von seinen Eltern waren ohne jeglichen Erfolg. Es wird vermutet, daß ein Verbrechen an ihm verübt worden ist.

#### Breslauer Produktenbörse vom 8. August.

Amliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 8. August 1923, und zwar seit 16. Juni 1923 nicht mehr Erzeuger, sondern die tatsächlich an der Börse gezahlten Preise, nämlich für 50 kg (mit Ausnahme der Mehle, diese für 100 kg) ab schließlicher Verladestation (außer Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau beziehen). — Getreide: Die durch die Marktentwertung hervorgerufene und noch gesteigerte Geldknappheit erschwerte das Geschäft derart, das keine Abchlüsse betannt wurden. — Weizen: Die katastrophale Marktentwertung hat festliches Geschäft unterbrochen. — Weizen- und Maltprodukte: Dieselben Verhältnisse wie bei Getreide liegen auch bei Mehl vor. — Samen: Preis: Fester.

Tägliche amtliche Notierungen: für 50 Kilogr.: (In Tausendern).

| Getreide:   | 8.        | 7. | Decksaat:   | 8. | 7. |
|-------------|-----------|----|-------------|----|----|
| Weizen      | 4000      | —  | Senfsaat    | —  | —  |
| Roggen      | 2700      | —  | Leinsamen   | —  | —  |
| Hafer       | —         | —  | Mohn, blau  | —  | —  |
| Gerste Som. | 3200—3500 | —  | Raps, Wint. | —  | —  |
| Wint.       | 3000      | —  | Senfsamen   | —  | —  |
| Hirse       | —         | —  |             |    |    |

  

| Mühlenerzeugnisse: | 8.     | 6.        |
|--------------------|--------|-----------|
| Weizenmehl         | 100 kg | 8800—9400 |
| Roggenmehl         | 100 kg | 5200—5600 |
| Auszugmehl         | 100 kg | 10810     |

#### Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

|                            | 8. 8.         | 7. 8.         |
|----------------------------|---------------|---------------|
| 1 amerikanischer Dollar    | 4877850,00 M. | 3201750,00 M. |
| 1 englischer Pfund         | 21945000,00   | 14962500,00   |
| 1 französischer Franc      | 27510,00      | 159525,00     |
| 1 holländischer Gulden     | 1595250,00    | 1296750,00    |
| 1 Schweizer Franken        | 367825,00     | 592315,00     |
| 100 österreichische Kronen | 682,50        | 468,00        |
| 1 dänische Krone           | 149625,00     | 90750,00      |
| 1 baltische Krone          | 831790,00     | 588500,00     |
| 100 polnische Mark         | 1460,00       | 1460,00       |

Einigung der europäischen Mächte untereinander als eine heftigste Konzentration der amerikanischen Geschäftslebens vorzuziehen. Eine Washingtoner Reutermeldung bezeichnete das innere Verhältnis der maßgebenden amerikanischen Kreise zu den europäischen Fragen blühend mit der Feststellung, daß eine Wendung der Washingtoner Politik in der deutschen Frage erst nach Eintritt einer deutschen Hungerkatastrophe erfolgen dürfte. Für diesen Zeitpunkt würden schon jetzt humanitäre Hilfsmaßnahmen erwogen.  
Es gibt in England nicht kleine und nicht einflusslose Kreise, auf die diese amerikanische Haltung gegenüber den Fragen des europäischen Kontinents als anerkennendes Beispiel wirkt. Es wäre irrig, Abneigung gegen jedes Eingreifen in den Ruhrkonflikt etwa nur bei den Diehards, den englischen Rechtsradikalen, suchen zu wollen, die ihrer Regierung aus alter Abneigung gegen Deutschland geradezu die Unterstützung der französischen Ruhrpolitik empfehlen. Auch ein gemäßigt konservatives, der englischen Regierung nahestehendes Blatt, sprach kürzlich bereits davon, daß das deutsche Vertrauen in die englische Politik in London auf die Dauer geradezu lästig falle, und selbst Lloyd George, der sich ja doch als Ministerpräsident mit allen Klaffen um die Durchsetzung einer selbständigen englischen Politik gegenüber französischen imperialistischen Wünschen bemüht hat, mahnte in der letzten Unterhausdebatte respektvoll zum Respekt vor den vollendeten Tatsachen der französischen Ruhrpolitik. Auf der anderen Seite macht sich die wirtschaftliche Rückwirkung der Verschärfung wichtiger europäischer Wirtschaftszweige aus dem Weltmarkt in England weit weniger fühlbar als in den Vereinigten Staaten. Es ist vor allem die englische Arbeiterpartei unter der klaren und weitblickenden Führung unseres überlichen Genossen Macdonald, die auf Berücksichtigung dieser Wirtschaftslage in der Außenpolitik drängt, und charakteristischerweise ist es auch auf bürgerlicher Seite gerade ein Vertreter industrieller Interessen, wie der gemäßigt konservative Premierminister Baldwin, der den Anregungen der Arbeiterpartei in aktiver Außenpolitik gegen die französische Wirtschaftszerrüttung weiter entgegenkommt, als mancher sonst weiter links stehende Liberale — eine Parallele zu der Stellungnahme industrieller interessierter Kreise um Streikmann in Deutschland, die außenpolitisch und finanzpolitisch zeitweise einschüchter war als die Haltung gewisser „Demokraten“, die an dem oder Nichtsein der Industrie ihres Landes nicht so unmittelbar interessiert sind. Aber die Arbeiterpartei ist sich auch darüber klar, daß eine Politik des diplomatischen Druckes gegen Frankreich die Aussichten auf freiwillige französische Kriegsschuldenszahlungen an die englische Staatskasse nicht verbessert. Andere englischen Genossen legen auf diese Zahlungen aber auch keinen entscheidenden Wert, sondern wollen im Interesse der Friedensförderung und des wirtschaftlichen Wiederaufbaues auf die Eintreibung aller auswärtigen Kriegsschulden Englands überhaupt verzichten und statt dessen eine Kapitalfondserhebung im Innern erheben, die sie für jetzt fraglos halten. Es ist klar, daß die bürgerlichen Parteien Englands, die heute in der Wahrscheinlichkeit wie im Parlament noch eine starke Mehrheit bilden, diese für die von ihnen vertretenen Klassen vorsehende Konsequenz einer aktiven englischen Außenpolitik nicht ebenso gerne ziehen wollen. Hier liegt die stärkste Hemmung des Erfolges aller diplomatischen

Londoner Vorstöße. Dazu kommt, daß diejenigen englischen Kreise, die aus Gründen der Orientalpolitik zeitweise verstimmt gegen Frankreich waren, jetzt keinen Grund mehr dazu haben: im Orient hat der Lausanner Friede den Engländern durch ihre kluge vorkriegsfreundliche Schwächung einen starken Erfolg gebracht. Die englischen Kolonialpolitiker haben daher keinen Grund mehr, den Franzosen aus kolonialpolitischen Gründen in anderen Weltteilen, von denen Europa für die englische Politik ja nicht immer der wichtigste ist, Schwierigkeiten zu machen. Schließlich geht aus den letzten Reden Baldwins auch deutlich hervor, daß gerade diejenigen englischen Politiker, die der heutigen französischen Politik am kritischsten gegenüberstehen, die Vertreter der industriellen Kreise, vor einer allzu großen Entlastung Deutschlands selbst immer wieder zurückzudenken. Sie fürchten das Wiederauflieben der deutschen Industriekonkurrenz vor allem in Ost-Europa, dem Markt der Zukunft. Alle diese Hemmungen zusammen genügen, um die englische Politik zu einer wirksamen Aktivität dem französischen Imperialismus gegenüber nicht gelangen zu lassen und ihren Aktionen jedesmal ein vorzeitiges Ende zu bereiten.  
Ein pessimistischer Beobachter könnte aus dieser Zerrüttung der Interessen der herrschenden englisch-amerikanischen Klassen geradezu zu dem Schluß kommen, daß der französische Imperialismus heute so wenig internationale Hemmungen mehr findet, daß er seine Machtpöbe noch ungehemmter ausdehnen könnte als er tut. Tatsächlich liegen die Hemmungen des französischen Imperialismus, der ja nicht nur über das mächtigste Landheer, sondern auch über eine beträchtliche Flotte und die stärkste Luftflotte der Welt verfügt, am wenigsten mehr vor der Furcht vor anderen Weltmächten. Weit stärker kommen ihm längst offenbar keine rein wirtschaftlichen Rückschläge. Die langsam steigende Kohlenabfuhrzahlen an der Ruhr kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß der wirtschaftliche Erfolg der Ruhraktion immerhin noch nicht entfernt ihre Kosten deckt. Der französische Franc und damit der Zins der französischen Staatsrente ist in den letzten Wochen aufs neue etwas gesunken. Es ist schon tatsächlich etwas richtiges daran, wenn französische Politiker immer wieder versichern, daß Frankreich nicht amerikanisiert sei. Die Mehrheit des französischen Volkes hat tatsächlich kein Interesse an den Abenteuerlichen Gründungsversuchen französischer Beamter und Offiziere und monopolistischer französischer Industrieller. Selbst im heutigen französischen Regierungskreis sind starke Interessen vertreten, denen Geld lieber ist als neues Land, das ja doch angeht seiner widerständigen Arbeiterbevölkerung für alle Zeiten und unter allen Annehmlichkeiten recht hohe Verwaltungskosten zu machen vermag. In diese inneren Hemmungen des französischen Imperialismus anzuknüpfen, sie zu kräftigen und für einen Ausgleich mit einem zahlungswilligen Deutschland zu interessieren, ist noch was vor die dringende Aufgabe der deutschen Politik. Das auszusprechen heißt nicht eine Kapitulation vor Vaincare zu empfehlen, sondern deutsche Preisinteressen und deutsche Spitzenergebnisse der Haltung des deutschen Volkes unterzuordnen und damit der Rettung der europäischen Wirtschaft.

